

Interview mit Pascal Beucker

„Mehr Druck auf Politiker ausüben!“

Die in der bundesdeutschen Parteiengeschichte aufgedeckten Unwahrheiten, Täuschungen, gebrochenen Versprechen und illegalen Machenschaften dokumentiert das Ende 2010 erschienene Buch „Die verlogene Politik“. ÖP-Chefredakteur Günther Hartmann unterhielt sich darüber mit Pascal Beucker, einem der beiden Autoren.

ÖkologiePolitik: Herr Beucker, haben Sie zu Beginn Ihrer Recherchen mit einer so großen Fülle an Politikerlügen gerechnet?

Pascal Beucker: Nicht ganz. Die Realität hat die Erwartungen dann doch noch ein wenig übertroffen. Mir war z. B. vorher nicht klar gewesen, wie zielorientiert Joschka Fischer seine Partei auf Kriegskurs brachte. 1999 beteuerte er, sein Ja zum Nato-Einsatz sei eine nach langem Ringen gefällte Gewissensentscheidung, die ihn innerlich fast zerrissen habe. Tatsächlich aber hatte er sich schon lange vorher dafür entschieden, denn die Zustimmung war schlichtweg die Voraussetzung für eine Regierungsbildung mit der SPD – was er später in seinen Erinnerungen auch offen zugab.

Sie führen in Ihrem Buch zahlreiche Beispiele von Konrad Adenauer bis zur Gegenwart an. Wird heute mehr gelogen als früher?

Mehr gelogen wird vielleicht gar nicht. Es hat aber eine spürbare Professionalisierung beim Täuschen und Irreführen stattgefunden. Heute sorgen hochbezahlte PR-Agenturen für einen systematischen Etikettenschwindel, für ein geschicktes Spiel mit Begriffen, was es so früher noch nicht gab. Fast jeder Politiker hat heute einen Kommunikationsberater, der darauf achtet, dass er die richtigen Sprachcodes verwendet und die öffentliche Aufmerksamkeit richtig lenkt. Da steckt eine große Raffinesse und Systematik dahinter.

Steuern die Politiker die PR-Agenturen oder steuern die PR-Agenturen die Politiker?

Gute Frage. Finanzstarke Wirtschaftsbranchen steuern heute die Politik immer mehr. Die haben eine Reihe dubioser PR-Organisationen wie die



Pascal Beucker

Jahrgang 1966, studierte Politikwissenschaft und arbeitet seit 1999 als nordrhein-westfälischer Korrespondent für die Berliner „tageszeitung“. Sein journalistischer Schwerpunkt ist die klassische Politikbeobachtung und -berichterstattung. Darüber hinaus ist er auch als freier Autor und Publizist tätig. Im Oktober 2010 erschien sein Buch „Die verlogene Politik – Macht um jeden Preis“, das er gemeinsam mit der Journalistin Anja Krüger verfasste.

Kontakt: www.beucker.de

„Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), den „BürgerKonvent“ oder „Deutschland packt's an“ gegründet, die sich als überparteiliche und gemeinwohlfördernde „Bürgerinitiativen“ ausgeben und „Reformen“ im Sinne ihrer verschleierte Auftraggeber einfordern. Die INSM ist sicherlich die einflussreichste.

Wie entstand und wie arbeitet denn die INSM?

Die INSM wurde im Auftrag des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall von einer der größten europäischen Werbeagenturen entwickelt: von Scholz &

Friends. Die erfanden den listigen Namen, der die Soziale Marktwirtschaft scheinbar bejaht und gleichzeitig signalisiert, dass die bisherige Form veraltet und unmodern sei. Die seit dem Jahr 2000 aktive Organisation besteht aus nur acht festangestellten Mitarbeitern. Eine Mitgliedschaft ist nicht vorgesehen, allerdings gibt es seit 2005 einen Förderverein. Dessen erklärtes Ziel ist „das Verständnis der Bürger für wirtschaftliche Zusammenhänge zu stärken“. Die INSM definiert Kampagnenziele, lässt sie durch externe Experten scheinbar wissenschaftlich absichern, bereitet sie dann mediengerecht auf und platziert die Botschaften geschickt. In der beliebten Fernsehserie „Marienhof“ kaufte sie z. B. für 60.000 Euro Dialoge – Botschaft: Lohnnebenkosten runter, Arbeitszeiten rauf! Es gelang ihr sogar, die Deutsche Bischofskonferenz zu beeinflussen. Und natürlich

„Mehr gelogen wird heute vielleicht gar nicht. Es hat aber eine Professionalisierung beim Täuschen stattgefunden.“

beeinflusste und beeinflusst sie sehr viele Politiker. Manche ließen sich sogar als „Kuratoren“ und „Botschafter“ einspannen, z. B. Edmund Stoiber und Michael Glos von der CSU, Wolfgang Clement von der SPD sowie von den Grünen Christine Scheel

und Oswald Metzger, der inzwischen konsequenterweise in der CDU gelandet ist.

Es fließt aber auch viel Geld von Konzernen und Branchenverbänden in die Parteikassen?

Ja, dem haben wir in unserem Buch auch ein langes Kapitel gewidmet, das die Machenschaften von Konrad Adenauer bis heute ausführlich dokumentiert – soweit sie bekannt sind. Es ist schon kurios, dass heute mit Wolfgang Schäuble ein Mann Finanzminister ist, der 1999 im Bundestag zunächst wahrheitswidrig beteuerte, dem Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber nur einmal begegnet zu sein, später aber weitere Treffen und die Annahme einer Parteispende von 100.000 DM in bar zugeben musste. Das ist heute schon wieder vergessen, genauso wie die ganze CDU-Parteispendenaffäre, die weitgehend unaufgeklärt blieb. Illegale Finanzpraktiken galten in den Führungsetagen der Parteien immer als Kavaliersdelikte – und das hat sich bis heute nicht geändert. Gibt es mal wieder einen Skandal, diskutieren die Parteien eifrig über neue Gesetze – und denken dabei schon darüber nach, wie sie die dann wieder auf neue Weise umgehen können.

Helmut Kohl betrachtete sich immer als Opfer einer Diffamierungskampagne.

Kohls angebliches „Ehrenwort“ gegenüber den mysteriösen „Spendern“, ihre Anonymität zu wahren, war ein klarer Verstoß gegen das Grundgesetz und gegen das Parteiengesetz, das die Veröffentlichung von Spendern zwingend vorschreibt. Der Ausrufer einer „geistig-moralischen Wende“ schätzte offenbar die Loyalität gegenüber den „Spendern“ höher ein als die Loyalität gegenüber dem Gesetz.

spendenskandals um die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ und andere Geldwaschanlagen. Zur Aufklärung der Spendenaffäre trug Kohl nichts bei. Im Bundeskanzleramt ließ er Akten in erheblichem Umfang verschwin-

Arbeitgeber festgelegt. – Friedrich Merz wechselte sogar schon während seiner Abgeordnetenzeit mal die Rolle: 2006 teilte er auf einer Sitzung der nordrhein-westfälischen CDU-Landesgruppe im Bundestag seinen verblüff-

Organisationen – um dort Tätigkeiten auszuüben, die viel mit ihren vorherigen Aufgabenfeldern zu tun haben. So arbeitet z. B. die ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Marianne Tritz seit 2008 als oberste Lobbyistin des Deutschen Zigarettenverbandes (DZV). Die frühere grüne Staatssekretärin Margareta Wolf ging 2007 zum Beratungsunternehmen Deekeling Arndt Advisors und machte Lobbyarbeit für den Informationskreis Kernenergie. Und Joschka Fischer gründete ein eigenes Beratungsunternehmen und ist unter anderem für BMW, Siemens und RWE tätig.

BUCHTIPP

Pascal Beucker, Anja Krüger
Die verlogene Politik
Macht um jeden Preis
Preis
Knaur, Oktober 2010
304 Seiten, 8,99 Euro
978-3-426-78345-0



„Die politische Karriere ist heute vielfach zum Sprungbrett für einen höher dotierten Job in der Wirtschaft verkommen.“

den und manipulieren. Und im Untersuchungsausschuss berief er sich 36-mal auf sein Aussageverweigerungsrecht und 200-mal auf Gedächtnislücken. Allerdings gab er ein Motiv an: die Chancenungleichheit mit der SPD verringern.

ten Kollegen mit, er spreche zu ihnen heute nicht als Mitglied der Landesgruppe zu ihnen, sondern als rechtlicher Berater des Energie- und Chemie-Konzerns RAG. – Die Politik behauptet, solche Seitenwechsel seien ganz normal und jeweils eine rein private Angelegenheit. Doch das sind sie natürlich nicht.

Wer ist der geschäftstüchtigste Politiker?

Der frühere Sozialdemokrat Wolfgang Clement war immer sehr gut im Geschäft. Und vor allem auch Friedrich Merz. Der saß schon während seiner Abgeordnetenzeit in unzähligen Beirats-, Aufsichts- und Verwaltungsräten großer Unternehmen.

Wie hoch waren denn seine „Nebeneinkünfte“ in etwa?

Das ist nicht bekannt. Nach

Fürchten Sie, dass Ihr Buch die Politikverdrossenheit ansteigen lässt?

Die Gefahr besteht. Aber erreichen wollen wir das Gegenteil: dass sich die Bürgerinnen und Bürger nicht mit den bestehenden Verhältnissen abfinden, sondern sich einmischen. Denn wie Bertolt Brecht es so schön ausdrückte: „Wer gegen Politik ist, ist für die Politik, die mit ihm gemacht wird.“ Gründlich zu recherchieren und die gefundenen Missstände detailliert zu schildern: das ist Aufklärung. Und Aufklärung ist die Voraussetzung, dass sich etwas zum Besseren verändert. Gerade dadurch, dass wir genau dokumentieren, wer was gemacht hat, wenden wir uns gegen eine Pauschalurteilung und ermöglichen eine differenzierte Bewertung.

Wäre die Veränderung unseres Wahlrechts sinnvoll?

Wenn das dazu führt, dass die Wähler dann mehr Druck auf Abgeordnete ausüben können: Ja, selbstverständlich! Je mehr sich ein Abgeordneter den Wählern gegenüber verantworten muss, desto besser. Denn journalistische Aufklärung nützt nur etwas, wenn dann auch Veränderungen folgen – spätestens bei der nächsten Wahl.

Was halten Sie von Direkter Demokratie auf Bundesebene?

Sehr viel. Es gibt keinen vernünftigen Grund, der Bevölkerung die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene vorzuenthalten. Dass es in Österreich keine Atomkraftwerke gibt, verdankt sich nicht der Weisheit der Politiker, sondern alleine dem Votum seiner Bürgerinnen und Bürger, die sich 1978 dagegen ausgesprochen haben. Eine solche Volksabstimmung hätte ich mir auch in Deutschland gewünscht.

Herr Beucker, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Das alte Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ ...

Das glauben Politiker allzu oft. Doch genau an diesem Punkt beginnen die Grenzen zu verschwimmen. Wer legt fest, welcher Zweck auch die Anwendung eigentlich illegitimer oder gar eindeutig illegaler Mittel rechtfertigt? Wer tatsächlich meint, der Zweck heilige die Mittel, dem gehen schnell die Maßstäbe verloren – die für Menschlichkeit und Würde ebenso wie die für Rechtsstaatlichkeit und Ethik.

Kohl versuchte immerhin noch, sein Tun moralisch zu rechtfertigen. Für viele Politiker scheint es heute aber gar keinen „höheren Zweck“ mehr zu geben.

Die politische Karriere ist heute vielfach zum Sprungbrett für einen höher dotierten Job in der Wirtschaft verkommen. Früher war es noch ein Tabu, dass Abgeordnete, Staatssekretäre und Minister zu einem Unternehmen, das exakt in der Branche beheimatet ist, für die sie als Politiker vorher zuständig waren, wechselten. Heute ist das schon fast schon normal. Nach der Politik kommt der große Profit.

Nennen Sie doch bitte einige Beispiele.

Legendär ist der Fall des früheren Bundeswirtschaftsministers und späteren EU-Kommissars Martin Bangemann: Er war in Brüssel für die Kommunikationsbranche zuständig, als er 1999 bei der spanischen Telefónica anheuerte. Er hatte unmittelbar vorher die Rahmenbedingungen für seinen neuen

Warum sind sie es nicht?

Wenn die zeitlich begrenzte Tätigkeit im Parlament und besonders in einer Regierung vor allem dazu dient, sich für die Zeit danach gut zu positionie-

„Dass es in Österreich keine Atomkraftwerke gibt, verdankt sich alleine dem Votum seiner Bürgerinnen und Bürger.“

ren, besteht die große Gefahr, dass Politiker ihr Handeln danach ausrichten und sich den Wünschen potentieller künftiger Arbeitgeber allzu „aufgeschlossen“ zeigen. Bei Entscheidungen könnte der Seitenblick auf spätere Jobchancen ein wichtiger Faktor sein. Umgekehrt könnte ein Unternehmen oder eine Lobbyorganisation mit einem konkreten Jobangebot für die Zeit danach erheblichen Einfluss auf Entscheidungen nehmen.

Union und FDP waren ja schon immer recht „wirtschaftsnah“. Inzwischen scheinen das auch andere Parteien zu sein.

Heute hat die schnelle Wandlung vom Politiker zum Lobbyisten kaum mehr etwas mit der Parteimitgliedschaft zu tun. Eine Studie von LobbyControl zeigt: Von jenen Grünen, die nach Ende der rot-grünen Ära 2005 aus der Politik ausschieden, wechselten nur wenige zu Umweltorganisationen, viele dagegen zu Unternehmen, Unternehmensverbänden oder unternehmernahen

der aktuellen Regelung muss ein Bundestagsabgeordneter seine zusätzlichen Einkünfte nicht in konkreten Zahlen veröffentlichen, sondern nur einer von drei Stufen zuordnen. Stufe 1 bedeutet: 1.000 bis 3.500 Euro pro Monat; Stufe 2: bis 7.000 Euro; Stufe 3: über 7.000 Euro. Ob ein Abgeordneter 7.001 oder 700.000 Euro erhalten hat, ist nicht unterscheidbar. Nur der Bundestagspräsident kennt die genaue Höhe.

Ein Bundestagsabgeordneter kann also nebenher ein Vielfaches von dem verdienen, was er für sein Mandat erhält?

Ja – und das wirft einige Fragen auf: Bleibt solchen Politikern überhaupt noch Zeit, ihre mit Steuermitteln nicht gerade schlecht vergüteten Mandate pflichtgemäß auszuüben? Und wenn ja: Ist dann die Tätigkeit, für die sie von den Unternehmen bezahlt werden, vielleicht gar keine ernsthafte? Ist das Arbeitsverhältnis nicht eher eine subtile Form der Bestechung?